



**Landtag Nordrhein-Westfalen**

**Dr. Joachim Paul MdL**

**Piratenfraktion**

**Fraktionsvorsitzender**

Piratenfraktion NRW Dr. Joachim Paul MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den Oberbürgermeister  
der Stadt Herne  
Herrn Horst Schiereck  
Friedrich-Ebert-Platz 2  
44623 Herne

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4619  
Telefax (0211) 884 – 3707

Email joachim.paul@landtag.nrw.de

Düsseldorf, **17. Dezember 2014**

### **3%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schiereck,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 11. Dezember 2014. Darin bringen Sie uns einen Appell zur Einführung einer „moderaten“ 3%-Sperrklausel bei Kommunalwahlen zur Kenntnis. Der Appell bringt die Forderung zum Ausdruck, möglichst unverzüglich eine solche Klausel in die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen zu verankern.

Wir als Piratenfraktion stehen diesem Anliegen kritisch gegenüber.

Wie die Bundestagswahl 2013 eindrucksvoll gezeigt hat, bewirken Sperrklauseln zuerst einmal einen Ausschluss des Wählerwillens. Über 15% der Menschen, die überhaupt zur Wahl gegangen sind, konnten sich danach nicht in der parlamentarischen Demokratie wiederfinden. Gerade vor dem Hintergrund immer mehr sinkender Werte im Bereich der Wahlbeteiligung, sollte es die Aufgabe der parlamentarischen Demokratie sein, so viele Menschen wie möglich an derselben auch teilhaben zu lassen.

Die Kommunalwahlen 2014 haben zudem aufgezeigt, dass mittlerweile ein Bruchteil ausreicht, um eine Wahl zu gewinnen. Es gibt Regionen in Nordrhein-Westfalen in denen nur noch 20% der Wahlberechtigten zur Wahl gehen. Gerade in den auch strukturell nicht immer einfachen Regionen unseres Bundeslandes wie den Großstädten des Ruhrgebiets sind solche Wahlbeteiligungen die Regel geworden. Wenn nunmehr eine 3%-Sperrklausel eingeführt würde, träfe es solche Regionen besonders schwer, weil dann der Eindruck vermittelt würde, man brauchte gewisse Stimmen einfach nicht mehr für die parlamentarische Demokratie.

Dieses kommt auch in der Begründung Ihres Schreibens deutlich zum Ausdruck, wenn Sie mitteilen, dass „mittlerweile mehr als 4 Fraktionen und Einzelbewerber in Herne vertreten sind“. Ich frage mich schon, ob eine Demokratie nicht mehr als 4 Fraktionen vertragen kann. Diese Frage muss ich auch Ihnen und dem Rat der Stadt Herne stellen, insbesondere den 40 Mitgliedern, die diesen Beschluss herbeigeführt

haben. Es kann sich wohl nur um Mitglieder der in Herne „regierenden“ Großen Koalition handeln, schließlich bringen die gesamten anderen Mitglieder genau die 18 Gegenstimmen zustande. Eine Beschränkung auf ein paar Fraktionen im Rat, kann nicht der überwiegende Gedanke eines demokratischen Verständnisses von der Mitwirkung in der Kommune sein.

Eine Einführung einer Sperrklausel ist immer auch ein Eingriff in die Gleichheit der Wahl. Ein solcher Eingriff kann zwar gerechtfertigt sein, allerdings muss die Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht nur an sich abstrakt gefährdet sein, sondern es muss erwiesenermaßen, d.h. konkret, eine Störung vorliegen. Davon kann in unserem Land wiederum nicht gesprochen werden. Schließlich sind die Kommunalwahl und die darauffolgenden Sitzungen der kommunalen Vertretungen erst 3-6 Monate alt.

Ihr Beschluss fordert eine sofortige Umsetzung. Auch diesem müssen wir widersprechen. Eine Umsetzung an der Verfassungskommission vorbei käme einer Desavouierung des Parlaments im Ganzen gleich, aber auch einer Missachtung der Arbeit der Verfassungskommission im Speziellen.

Sehr geehrter Herr Schiereck, ich möchte Sie herzlich bitten, diese Zeilen als Angebot zur Diskussion zu verstehen. Gerne treten wir mit Ihnen in eine konstruktive politische Debatte.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Joachim Paul